

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:

0121/2020/AN

Antragsteller: SPD # Antragsdatum: 03.11.2020

Federführung:

Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:

Betreff:

Wohnbaufonds

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 28. April 2021

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	12.11.2020	Ö		
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	16.11.2021	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	23.11.2021	Ö		
Gemeinderat	09.12.2021	Ö		

Antrag Nr.:

0121/2020/AN

00316249.doc

...

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 12.11.2020

Ergebnis: verwiesen in die Gremien

Antrag Nr.: 0121/2020/AN

Briefkopf des Antragstellers:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Mathias Michalski, stellv. Vorsitzender
Karl Emer
Johannah Illgner
Dr. Monika Meißner
Sören Michelsburg
Adrian Rehberger

Marktplatz 10
69117 Heidelberg
§ 06221/5847150
▼ 06221/584647150
✉ geschaeftsstelle@spd-
fraktion.heidelberg.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

02.11.2020

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Wohnbaufonds

Die Verwaltung wird gebeten,

1. gemäß des beschlossenen Arbeitsauftrags vom 23.7. zum 10-Punkte-Programm zur Umsetzung des Handlungsprogramms Wohnen zu berichten, inwiefern ein Wohnbaufonds als Stadtanleihe umgesetzt werden kann, um das Eigenkapital der GGH zu erhöhen, um damit Wohnraum zu kaufen und zu bauen.
2. zu prüfen und zu berichten, wie andere Städte (z.B. München) dieses Instrument einsetzen, um den Anteil städtischen Wohnraums zu erhöhen.
3. dazustellen, wie die finanziellen Mittel, welche dem Amt für Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden, in den vergangenen Jahren genutzt wurden, um Wohnraum aufzukaufen.

Begründung:

Der Anteil städtischer Wohnungen soll langfristig von 10% auf 30% steigen. Mit dem Vorkaufsrecht und der Anleihe kann dieses Ziel schrittweise erreicht werden. Durch die Anleihe können die Heidelberger*innen dafür sorgen, dass Heidelberg eine Stadt für Alle bleibt und in allen Vierteln eine notwendige soziale Durchmischung erhalten bleibt bzw. wieder hergestellt wird.

Um einen Schritt näher an dieses Ziel zu kommen und weitere Handlungsoptionen v.a. im Hinblick auf eine mögliche Eigenkapitalerhöhung der GGH zum Wohnraumerwerb herauszuarbeiten, bitten wir um einen Machbarkeitsbericht zur Umsetzbarkeit einer Stadtanleihe auf Basis eines Wohnbaufonds. Am Beispiel anderer Städte wie z.B. München sollen zudem Best-Practice-Beispiele gesichtet werden, wie zusätzlicher städtischer Wohnraum geschaffen werden kann bzw. geprüft werden, inwiefern diese auf Heidelberg angewendet werden können.

gezeichnet SPD-Fraktion